

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfach Nr. 2122.  
Circuläre Riesa Nr. 12.

Nr. 291.

Dienstag, 14. Dezember 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Porto, wozu ein Postzuschlag monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. und 5. Seite (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitweiliger und tabellarischer Satz 10%, Kufensatz, Nachweilung- und Veranlassungsgebühr 20 Pf. Keine Caris. Bewilliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zugangs- und Erfüllungsort: Riesa. Verzehnjährige Interaktionsgebühr, Erzhälter an der Seite. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Postverkehrs oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Bauer & Wenzel, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhmel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fahrradhändlerin Vertha Minna Schrabel arb. Selme in Gröba ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände der Schlussrechnung auf den 5. Januar 1921 vormittags 9 Uhr vor dem hiesigen Amtsgerichte bestimmt worden.  
Amtsgericht Riesa, den 10. Dezember 1920.

## Bekanntmachung

die Gewährung einer einmaligen Beihilfe an bedürftige Arbeiterrentenempfänger betr.  
Das hies. Gesamtministerium hat beschlossen, eine einmalige Geldbeihilfe an bedürftige Arbeiterrentenempfänger zu erteilen. Diese Beihilfe wird nur auf Antrag gewährt. Als bedürftig gilt ein Rentenempfänger, wenn sein Gesamteinkommen den Betrag der Erwerbslosenunterstützung, die ihm im Falle der Erwerbslosigkeit zusteht, nicht übersteigt. Die Erwerbslosenunterstützung wird nach folgenden Sätzen — die Gesamtunterstützung mit 800 veranschlagt — berechnet: a) Männliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt 8 M., ohne eigenen Haushalt 7 M., unter 21 Jahren 5 M. wöchentlich, b) weibliche Personen, desgleichen 6, 5 und 3 M.  
Nach dem Grade der Bedürftigkeit werden die Antragsteller in drei Klassen, I, II, III eingeteilt, je nachdem der Betrag, um den das Gesamteinkommen hinter der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt, bis zu 1/4 (Kl. I), über 1/4, bis zu 1/2 (Kl. II) und über 1/2 (Kl. III) der Erwerbslosenunterstützung ausmacht.  
Die Beihilfe wird nur Rentenempfängern deutscher Staatsangehörigkeit gewährt, die bereits seit 1. Dezember 1920 in Sachsen wohnen, an Unfallrentner außerdem nur, wenn mindestens 50%, Unfallrente bez. Gesamtunfallrente bezogen wird, und an Witwen

und Waisen dann nicht, wenn sie Militärwitwen oder Waisenrenten oder sonstige militärische Versorgung beziehen.

Anträge auf diese Beihilfen sind spätestens bis zum Montag, den 20. Dezember 1920, im Rathaus, Zimmer Nr. 11, zu stellen. Später eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt.

Um allmählichem Andrang vorzubeugen, und eine glatte Erledigung durchzuführen, wird für die Entgegennahme der Anträge folgende Einteilung festgesetzt:

Mittwoch, den 15. Dezember 1920 für Arbeiterrentenempfänger mit den Familiennamen von	A.—H.
Donnerstag, den 16. 12. 20 desgl.	B.—N.
Freitag, den 17. 12. 20	O.—U.
Sonnabend, den 18. 12. 20	V.—S.
Montag, den 20. 12. 20	T.—Z.

Die Anträge werden in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags, am Sonnabend, den 18. 12. 1920 von 8—12 Uhr vormittags entgegengenommen. Vorzulegen ist der von der zuständigen Rentenstelle zuletzt erteilte Rentenbescheid. Ueber den Zeitpunkt der Auszahlung der Beihilfen erfolgt weitere Bekanntmachung.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 14. Dezember 1920.

## Holzversteigerung

Sonntag, den 19. Dezember von nachm. 1/2 Uhr an im Gashofe zu Borok 600 Kl. Nische 11 bis 22 cm, 8 bis 8 m lang, 650 Kl. Terfbänken, 150 m Kl. Rupfrollen, Brennrollen und Reste, 700 m Kleinfag. Die Holzger sind aufbereitet bei Bahnhofs 264 (Röderau-Verliner Bahn).  
Vorank, am 11. 12. 1920. Wiesel.

## Derliches und Sächliches.

Riesa, den 14. Dezember 1920.

Schon wieder ein Geldschrankdiebstahl. In der Nacht zum 14. Dezember ist im Kontor der Firma C. G. Müller, das sich im Grundstück Gebr. Schönher, hier, Bahnhofstr. 6a, befindet, durch Erbrechen des Geldschrankes ein größerer Geldbetrag gestohlen worden. Die Täter haben sich scheinbar von der Straße aus durch Öffnen der Zugangstür mittels Nachschlusses Zutritt zu dem Kontor verschafft. Alle sonstigen Wertgegenstände haben die Täter zurückgelassen, sie hatten es lediglich auf bares Geld abgesehen. Von dem Dieben fehlt noch jedwede Spur. Sachliche Wahrnehmungen, auch die gerinnliche, wolle man der hiesigen Kriminalpolizei zur Kenntnis bringen.  
— Wiederabend. Wenn ein solches Dreigeschick, wie Elisabeth Kethberg, Kammerlangerin Friedrich Blasche und Kapellmeister Herrm. Ruybach von der Staatsoper in Dresden, unsern vornehmsten Kunstinstanz, militärisch, so besteht von vornherein die Gewissheit, daß darüber nur Lobenswertes zu berichten ist. Der klingelnde Wahbariton Blasche, zur Zeit wohl der beste Vertreter des Votum, ergie sich auch als Liebling der ersten ersten Ränge. Noch nie hören wir Fr. Schuberts „Doppelgänger“ und Rob. Schumanns „Waldes“ von solch erhellender Wirkung. — Zum ersten Male im Konzertsaal hören wir die Opernführerin Elisabeth Kethberg, die über einen leicht dahinfliegenden hohen Sopran von süßem Wohlklang verfügt. Kein Wunder, daß sie gerade mit den erst-nachher Lieben des hiesigen Dago Wolf einen großen Erfolg erzielte; doch auch in den Dramenrollen kam ihre goldene Stimme so recht zur Geltung. Beste vereinigten sich die beiden Künstler in vornehmlichen Zweifelsfällen eines Väter Cornelius; denn „wo Starks sich und Wildes paarten, da gibt es einen guten Klang“. Wir haben selten ein so langes Zusammenhören der ebenfalls klangverschiedenen Stimmen gehört. Am Flügel lag kein Geringerer als Kapellmeister Ruybach selbst, dessen feinsinnige Begleitung — so anpassend im Fortschritt, wie im Piano — dazu ein so weiches Anschlag — einen Stimmgenuss für sich allein bot. — Der Verlauf der Leistungen entsprechend ein großer; auch der Beweis der Bestverhältnisse entsprechend ein guter zu nennen. Wie uns Kapellmeister Ruybach mitteilte, beabsichtigt er wiederzukommen. Mit solcher Kunst sei er uns herzlich willkommen!

Die Postlage der Eisenbahner! Die Ortsgruppe Riesa des Deutschen Eisenbahnerverbandes erwidert uns um Aufnahme folgender Veröffentlichung: „In allen Tageszeitungen ist heute zu lesen, daß die Eisenbahner durch den Deutschen Eisenbahnerverband neue Forderungen erheben. Die Art der Veröffentlichungen ist geeignet, den Eisenbahner ein Bild vorzuführen, als wenn die Eisenbahner in ihren Forderungen unerlässlich wären. Es ist unbedingt notwendig, den Fernstehenden aufzuklären. Die Regierung hat in ihren Statistiken 13000 M. für das durchschnittliche Einkommen eines Bediensteten angegeben. Dieser Verdienst kann aber nur von einem Arbeiter erreicht werden, der 6 Kinder hat, das macht bei Abzügen von Krankenkassen- und Waisenrentenbeiträgen, sowie nach Abzug der Steuer in der Ortsklasse A einen Nettoverdienst von 200 M. pro Woche. Hier in Riesa verdient ein Streckenarbeiter ohne Kinder, wenn er über 24 Jahre alt ist, rund 170 M. Wo kommt ein Familienvater mit diesem Gehalt bei einer lebensfähigen Familie hin angesichts der so enorm im Preise gestiegenen Lebensmittel. Aber es muß allen einleuchten, daß ein Existenzminimum mindestens sichergestellt werden muß auch für die Eisenbahner. Die unteren Beamten stehen aber weit schlechter als die Arbeiter. Ein Beispiel dafür: Wie sind am 1. April Reichseisenbahner geworden. Wie die Lebensverhältnisse durch das Reich erfolgte, gingen die Löhner dazu über, eine große Zahl neuer Beamtenstellen zu schaffen, die das Reich mit übernehmen mußte. Diese Beamtenstellen waren nun nicht alle bis zum 1. Juli 1920 besetzt worden und es wurde noch ein großer Teil Arbeiter rückwirkend zu Beamten ernannt. Zu der rückwirkenden Ernennung kam bei den neu Angestellten ein großer finanzieller Verlust, da sich die Arbeiter auf Grund des vorkriegsstarren Gehalts besser fanden als die Beamten. Nun mußten die neu ernannten Beamten den Lohn, den sie nach dem vorkriegsstarren Gehalt erhalten hatten, zurückgeben, wobei es in einzelnen preußischen Dienststellen vorgekommen ist, daß Beamte ein Monatsgehalt erhielten von 4,95 M.,

7,95 M., 34 M. und etliche auch über 100 M. Bei uns in Sachsen ist man nicht derartig froh vorangehen, aber immerhin sind die diesjährigen Abfälle gemacht worden, nur nicht mit einemmal. Erst nach Verhandlungen gelang es unsern Organisationsvertretern, für die betr. Beamten einen Vorstoß von 500 M. durchzusetzen. Diese Beispiele lassen sich erweitern. Die Gehältern in Sachsen, die eine dreifache faunistische Mehrzahl hinter sich haben, werden nach der Lohngruppe 7 des M. L. T. entlohnt, erhalten somit, wenn sie 24 Jahre alt sind, einen Lohn von sage und schreibe die Stunde 4,10 M., haben sie das Diätarium angenommen, so stehen sie noch schlechter da. Es ist nichts neues, daß ein Diätarier mit 400 M. Monatsgehalt abgemindert wird. Die unteren Beamten werden seit mehr als 700 M. den Monat ausgezahlt bekommen und von dem Wenigen sollen noch Abzüge gemacht werden. Die Forderungen, die jetzt eingereicht worden sind, wurden nach gründlicher Prüfung der Sachlage aufgestellt, und sie bedeuten weiter nichts, als daß die Eisenbahner annähernd das erhalten, was in der Privatindustrie schon längst gezahlt wird. Zulange haben wir uns durchzureden müssen, als daß es heute noch ein Zurück geben könne. Nichts wäre uns lieber, als wenn die Regierung in der Lage wäre, die Breite so zu gestalten, daß wie keine Forderungen stellen brauchen. Statt Abbau, erleben wir aber eine Steigerung der Breite, die geradezu bedenklich erscheint. Mithin werden wir alles erheben, um auch den Eisenbahner ein erträgliches wirtschaftliches Dasein zu sichern.

Der Landtag vollzählig. Der kommunistische Abgeordnete Handlungsgeschehle Jypel-Leipzig-Bianow hat das Landtagsmandat an Stelle Geyers angenommen, so daß der Landtag nunmehr vollzählig ist.

Keine Erhöhung der Brotpreise. Immer wieder wird in der Presse behauptet, daß eine mehr oder weniger bedeutende Erhöhung der Brotpreise, richtiger der Weizenpreise, durch die Reichsregierung beabsichtigt sei. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, ist diese Behauptung unzutreffend. Der Reichsfinanzminister hat bereits in seiner letzten Reichstagsrede darauf hingewiesen, daß eine solche Erhöhung gerade im Winter bei der immer mehr sinkenden Kaufkraft weiter Kreise nicht angängig sei und daß, um den Weizenpreis auf der gegenwärtigen Höhe zu halten, allein bis zum März 1921 rund 6 1/2 Milliarden Mark an Reichsschulden angefordert werden müßten. Es ist unter diesen Umständen nicht ersichtlich, auf welche Tatsachen sich die Behauptung von einer bevorstehenden Erhöhung der Brotpreise stützt.

Der Bergarbeiterstreik im Bwitzer Revier. Die Vertung des Deutschen Bergarbeiterverbandes hat an das sächsische Arbeitsministerium folgendes Telegramm geschickt: Sämtliche Belegschaften des sächsischen Steinkohlenbergbaus, 85000 Mann, befinden sich im Auslande. Sie verlangen volle Bewilligung der Forderungen auch für Oktober und November. Die Betriebsverwaltungen erklären, dies nicht zu können ohne Ausnahm. Die Belegschaften werden die Arbeit sofort aufnehmen, wenn von Arbeitgeber oder Reichsregierung befriedigende Zusicherung für Oktober und November gegeben wird. Wenn die 8. Ueberkunde nicht auf Bedingungen der Bewilligung der Forderungen gemacht wird, werden die Belegschaften voraussichtlich freiwillig vorübergehend solche verfahren. Die Lohnforderung ist nur die Folge ungeheurer Steigerung aller Lebensunterhaltungskosten. Wir bitten daher um schnelle Entscheidung im Sinne der Bergarbeiter. — Ueber diesen Vorstoß ist das sächsische Arbeitsministerium in Verhandlungen eingetreten, an denen auch Vertreter der Reichsregierung teilnehmen werden. — Eine wichtige Konferenz der Betriebsvertrauensleute und Ausschüsse der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Maschinisten und Dehler und der christlichen Werkmeister findet am heutigen Dienstag vormittags im Hotel „Drei Schwänen“ im Dohrenkeim-Ernstthal statt.

Im Kampf um die Berufsschule. Den sächsischen Zeitungen ist vor kurzem vom Presseklub des Verbandes sächsischer Gewerbeschulmänner ein längerer Aufsatz mit der Überschrift „Unlauterer Wettbewerb“ zugegangen, der eine Anzahl schwerer Vorwürfe und Beleidigungen gegen das Ministerium des Kultus und Öffentl. Unterrichts und seinen Beauftragten für das Berufsschulwesen, den Regierungsrat Endler, enthält. Das Unterrichtsministerium weiß diese mit Entschiedenheit zurück. Sie im einzelnen zu widerlegen, erübrigt sich im Hinblick auf die im Landtage baldigst zu erwartende Aussprache über die künftige Gestaltung des gesamten Berufsschulwesens. Das Unterrichtsministerium

steht auf dem Gebiete des ihm unterstellten Berufsschulwesens jetzt seine Hauptaufgabe einseitig darin, die Fortbildungsschulen kleinerer Orte, um sie zur Berufsschule ausbauen zu können, in Zweckverbänden zusammenzuschließen und die für die allermeisten Orte Sachsen zurzeit noch fehlenden An- und Zusammenfassungsmöglichkeiten zu schaffen, andererseits darin, der — besonders auf dem Lande — überaus schwierigen Einföhrung der Mädchenfortbildungsschule die Wege zu ebnen. In diesem Sinne wirkt auftragsgemäß Regierungsrat Endler.

Eine Schutzgemeinschaft gegen angeblich der Wohlfahrtspflege dienende Schwindelgründungen. Schwindelhafte Gründungen angeblicher Wohlfahrtsunternehmungen bilden jetzt ein bedauerlich häufig angewendetes Mittel, um betrügerisch Geld zu erbeuten. Es ist deshalb in Berlin eine Schutzgemeinschaft gegründet worden, die das bei ihr zusammenfließende Material der Öffentlichkeit bekannt gibt und auf Anfrage sachkundige Auskünfte über Zusammensetzung, Zweck, Leistungen und Zuverlässigkeit gemeinnütziger Vereine und Einrichtungen gibt. Das Reichsarbeitsministerium arbeitet eng mit der Schutzgemeinschaft zusammen. Anträge sind zu richten an die Geschäftsstelle der Schutzgemeinschaft Berlin W 30, Poststraße 22.

Bekanntgabe vorläufiger Umanerkenntnis der Witwen- u. Waisenrenten. Das Reichsversorgungsgesetz sieht für die meisten Kriegsdienstverwehrenden eine erhebliche Erhöhung ihrer Bezüge, rückwirkend vom 1. April 1920, vor. Die bescheinigte Umanerkenntnis kommt vor allem in Betracht für kinderreiche Witwen, bedürftige Witwen und Waisen, die bisher nur die allgemeine Versorgung bezogen haben, für erwerbsfähige Witwen und Waisen. Dem Erlass sind genaue Richtlinien beigegeben, um den zuständigen Stellen die Durchführung der Umanerkenntnis zu erleichtern.

Das neue Militär. Einem vom Chef der Oberleitung unterzeichneten längeren Erlass entnehmen wir folgende Einzelheiten: Alle Angehörigen des neuen Reichsheeres mit Ausnahme der Beamten heißen Soldaten. Es wird wieder unterschieden zwischen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren, zu denen auch Sanitäts- und Veterinär-Offiziere und die Offiziere der Jugendunterstützung gehören. Die Dienstgrade bei den Mannschaften sind bei Infanterie (einschl. der M.-G. und M.-B.-Kompanien): Schütze, Oberschütze, Gefreiter, Obergefreiter; bei der Kavallerie: Reiter, Oberreiter, Gefreiter, Obergefreiter. Es ist also nach dem gewöhnlichen Mann in der Front (Kanonier, Plazier, Bauer, Fahrer, Krassfahrer, Sanitätsoldat) ein Grad eingeschoben und dem Gefreiten überall noch ein Obergefreiter übergeordnet. Bei den Unteroffizieren ist der Grad des Sergeanten und der des Stabsfeldwebels fortgefallen. Auf den Unteroffizier (Sanitätsunteroffizier, Fahnenführer) folgt der Unterfeldwebel (Sanitätsfeldwebel, Oberfahnenführer), dann der Fähnrich, dann der Feldwebel (Wachmeister), Sanitätsfeldwebel, Feuerwerker, Beschäftigter, Schürmer, Funkmeister, Briefstabenmeister. Den höchsten Grad der Unteroffiziersklasse von unten bilden Oberfähnrich, Unterarzt, Unterfeldwebel, Unterzahlmeister, Oberbeschlagmeister usw., den sechsten Grad für sich allein der Oberfeldwebel. An siebenter Stelle stehen Musikmeister und Obermusikmeister. Ueber die Anreden wird in dem Erlass gesagt: „Alle Generale werden mit „General“, die übrigen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften mit der Bezeichnung ihres Dienstgrades angeredet.“ — Als Freiwillige dürfen eingestellt werden Mannschaften, die das bisherige Mindestmaß von 1,64 Meter haben. — Besonderen Uebergangsbestimmungen zufolge können durch militärische Leistungen ausgezeichnete und ihrer Persönlichkeit nach geeignete Freiwillige, die mindestens drei Jahre dienen und nicht Abiturienten sind, in begrenzter Zahl im April 1921 an einer allgemeinwissenschaftlichen Prüfung teilnehmen. Wenn sie diese bestehen, werden sie im Juni zur Offiziersanwärter-Prüfung zugelassen und, wenn sie auch diese bestehen, im Oktober 1921 zum ersten Beurlaubung der Waffenschulen kommandiert. Die Truppenteile des 100000 Mann starken Heeres können ferner bis zum 15. Januar 1921 junge Leute, die das Reifezeugnis einer neunklassigen höheren Lehranstalt besitzen, ausnahmsweise zur Vorbereitung auf die Offiziersanwärter-Prüfung einstellen, nach deren Beheben sie ebenfalls im Oktober 1921 zum ersten Beurlaubung der Waffenschulen kommandiert werden.

In der Schieber- und Rettenhandelsaffäre wird Wolffs Schff. Bundesdienst vom Wirtschaft